

„Die Möglichkeit, Langzeitarbeitslose in weiteren so genannten Optionskommunen zu betreuen, stößt in Hessen auf viel Interesse. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass das Modell Option viele Vorteile bringt und unser Beschluss, Optionskommune zu werden goldrichtig war“, betonte der Sozialdezernent und Kreisbeigeordnete Carsten Müller. Fünf Kreise würden dieses Modell gerne übernehmen, wie eine Umfrage des Landkreistages ergeben hat. Ein Kreis will es bei seiner Arbeitsgemeinschaft mit der Arbeitsagentur belassen, drei Kreise haben sich noch nicht entschieden. Auch die für das Modell infrage kommenden kreisfreien Städte sind im Prinzip interessiert, wollen aber noch abwarten. Hessen hat derzeit schon die höchste Dichte an Optionskommunen.

Zuvor hatte sich der Gesetzgeber darauf verständigt, die Zahl der bundesweiten Optionskommunen von 69 auf 110 zu erhöhen. „Was die Kommunen an dem Optionsmodell reizt, ist die Gestaltungsfreiheit“, machte auch Landrat Oliver Quilling deutlich. „Ich hätte mir daher eigentlich eine völlige Wahlfreiheit zwischen den Modellen ARGE und Option für alle Kommunen gewünscht.“ Quilling betonte nochmals, dass der besondere Charme der Option in der Gestaltungsfreiheit liege. „Ob Gesundheitsmesse oder ein moderner Arbeitgeberservice – all diese Dinge können wir erfolgreich und ohne andere umsetzen. Und die innovativen Projekte kommen letztlich den Langzeitarbeitslosen zu Gute“, so der Landrat.

Ein weiteres Beispiel: die heute zum vierten Mal stattfindende Jobmesse Zeitarbeit. Müller: „Wir haben über unseren Arbeitgeberservice die Rückmeldung bekommen, dass der Zeitarbeitsmarkt wieder anzieht. Die Konjunktorentwicklung ist so positiv, dass viele Firmen wieder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen. Dies zeigt sich auch am dieses Jahr starken Zuspruch der Aussteller!“ Zur Jobmesse eingeladen sind rund 1.000 von der kreiseigenen ProArbeit ausgesuchte ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger. „Fünfzehn Zeitarbeitsunternehmen werden sich mit einigen Hundert Stellen vorstellen, um über aktuelle und zukunftsrelevante Arbeitsplätze im gewerblichen, handwerklichen, kaufmännischen Bereichen sowie im Sozial- und Pflegebereich zu informieren“, erläuterte ProArbeit-Vorstand Brunhild Constanze Kent das Konzept. „Die Jobmesse ist daher für alle eingeladenen ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger eine gute Gelegenheit, sich nicht nur über neue Arbeitsmöglichkeiten zu informieren, sondern sich auch gleich bei potentiellen Arbeitgebern direkt zu bewerben.“

Die Erfahrungen mit den Jobmessen sind durchweg positiv. Im vergangenen Jahr konnten wir in der Folge immerhin 125 Vermittlungen erreichen. Auch die jüngsten Zahlen stimmen den Sozialdezernenten optimistisch. So sank die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Kreis Offenbach im Monat Februar trotz wirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen gegenüber dem Vormonat um 0,9 Prozent. Gegenüber Februar 2009 ist sogar ein Rückgang von knapp 10 Prozent oder 758 Langzeitarbeitslosen zu verzeichnen.

Auch die Vermittlungsquote konnte gesteigert werden. Müller: „Im Vergleich zum Februar 2009 konnten wir hier noch einmal um 17 Prozent oder 57 Vermittlungen zulegen. Insgesamt konnten wir in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 803 Langzeitarbeitslose vermitteln. Wenn man das konjunkturelle Umfeld bedenkt und die Tatsache berücksichtigt, dass wegen des durchschnittlichen Bezuges des Arbeitslosengeldes I die Wirtschafts- und Finanzkrise uns erst jetzt voll erreicht, sind das sehr, sehr zufrieden stellende Zahlen.“ Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote im SGB-II-Bereich im Kreis Offenbach damit bei vier Prozent. Im Vorjahreszeitraum hatte sie noch bei 4,4 Prozent gelegen.

Zugleich nahm Müller Stellung zu der Situation der Außenstelle der ProArbeit in Seligenstadt. „Der Kreis Offenbach hatte mit der Einrichtung der Außenstelle Seligenstadt die Absicht, das Leistungsangebot näher an die Bürgerinnen und Bürger der Städte Hainburg, Mainhausen und Seligenstadt zu bringen“, sagte der Sozialdezernent. „In der Vergangenheit hat sich allerdings gezeigt, dass es nicht gelingt, in der Außenstelle alle Leistungen in einer vertretbaren Qualität und Effizienz zu erbringen oder vorzuhalten.“ So wird derzeit für den Bereich des SGB II in Seligenstadt die Grundsicherung für alle Leistungsempfängerinnen und -empfänger sowie das Fallmanagement für arbeitsmarktferne SGB-II-Kunden angeboten. Die Antragsberatung, der Arbeitgeberservice, die Arbeitsvermittlung, das Sofortangebot „Startzeit“ sowie das spezielle Projekt für über 50-Jährige finden bereits heute zentral in Dietzenbach statt. Für den Bereich des SGB XII wird eine 14-tägige offene Sprechstunde angeboten, während etwa bei dem Allgemeinen Sozialen Dienst in Seligenstadt nur Termine nach Vereinbarung üblich sind.

Das Angebot in der Kreisverwaltung sei trotz allem aber einfach umfassender, stellte Müller klar. Aus diesen Gründen strebe man eine Neuausrichtung an, die den Bürgerinnen und Bürger auch der Ostkreiskommunen eine effektivere und zielgerichtete Unterstützung ermöglicht. Unter Rücksichtnahme auf die Verkehrsanbindung gibt es aber durchaus Überlegungen, dass Leistungsanträge im Bereich SGB II weiterhin vor Ort abgegeben werden können. Müller wies allerdings darauf hin, dass dies bereits heute nicht nur zu Bearbeitungsverzögerungen führe, sondern die Menschen auch zu einem weiteren Gespräch nach Dietzenbach kommen müssen, da für die reibungslose Bearbeitung von Anträgen ein Gespräch mit dem Fallmanagement unerlässlich ist. Müller: „Trotz dieses Handicaps wollen wir versuchen, diese Abgabemöglichkeit weiterhin beizubehalten. Darüber hinaus sollen terminierte und offene Sprechstunden angeboten werden. Die Verwaltung sowie die ProArbeit suchen derzeit nach geeignetem Büroraum in Seligenstadt.“

Parallel dazu werde man mit der Stadt Seligenstadt Kontakt aufnehmen um auszuloten, ob gegebenenfalls städtischen Einrichtungen oder Räumlichkeiten genutzt werden könnten, kündigte Müller abschließend an. Falls das nicht gelinge, sollen Räumlichkeiten gesucht werden, die von den verschiedenen Einrichtungen des Kreises wie ProArbeit, Jugendamt und Sozialamt dann gemeinschaftlich genutzt werden.